

P/XVIII 40 -

Bonn, den 27. Februar 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
	<u>Die Aufgabe bleibt</u>	55
	Zu den Verhandlungen über die Regierungsbildung in Berlin	
1a	<u>Harte Zahlen - harte Argumente</u>	41
	Forderungen des Deutschen Städtetages zur Lösung der Verkehrsprobleme	
2 - 3	<u>Sichtbare Subventionen im neuen Bundeshaushalt</u>	91
	Von Heinrich G. Ritzel, MdB	
4 - 5	<u>Entnervende Regierungsverhandlungen in Österreich</u>	65
	Verhängnisvoller parteiinterner Zwist bei der ÖVP Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Frants	
5	<u>Soll Afrika büßen ?</u>	30
	Folgeschwere Auswirkungen des Konflikts innerhalb der EWG	
6 - 7	<u>Mit frischem Elan voran</u>	81
	Die Tagung der sozialdemokratischen Jugendverbände in Kochel Von Hanspeter Zerfass	

Chefredakteur Günter Markscheffel

## Die Aufgabe bleibt

### Zu den Verhandlungen über die Regierungsbildung in Berlin

sp - In Berlin haben nun die Verhandlungen über die Bildung des neuen Senats begonnen. Unabhängig davon, wie sich die Berliner CDU endgültig entscheiden mag, wird sie niemand davon entlasten können, ihren Teil Verantwortung für das G a n z e zu tragen.

Gerade in Berlin mit seiner besonderen Lage kann sich Kei n e der demokratischen Parteien den Verpflichtungen gegenüber den deutschen Notwendigkeiten, gegenüber der Freiheit Berlins und der Wahrung der Menschenrechte entziehen. Berlin steht ständig unter dem Druck der wechselnden Pressionen des Ostens. Infolgedessen wird Berlin und seine Freiheit, werden die Menschenrechte der Berliner nur mit der größtmöglichen Geschlossenheit a l l e r demokratischen Kräfte in der Abwehr des Drucks vom Osten zu erhalten sein.

Die Politik in Berlin, ganz gleich, ob eine der großen demokratischen Parteien in der Regierung ist oder in der Opposition steht, muß stets den Blick der Menschen in der Zone standhalten können. Sie muß aber auch immer gewärtig sein, daß die freie Welt nach Berlin blickt und am Verhalten gerade der Parteien in Berlin mißt, ob diese sich ihrer besonderen Aufgabe bewußt sind.

Das alles zu bedenken, ist auch Verpflichtung für die demokratischen Parteien in der Bundesrepublik, ohne deren gemeinsames und vorbehaltloses Einstehen für Berlin der Kampf um die Erhaltung der Freiheit und das Bemühen um das Finden von neuen Ansatzpunkten zur Entkantung der Berlin- und Deutschlandfrage ohne Erfolg bleiben würden.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist sich dieser besonderen Lage, in der sie in Berlin und in der Bundesrepublik politisch wirkt, stets bewußt. Auch die CDU, sowohl in Berlin wie in Bonn, wird dieser a l l e n Deutschen gemeinsamen Verpflichtung nicht ausweichen können. Sie muß daher selbst entscheiden, welche Form sie für ihre Mitwirkung an der gemeinsam zu lösenden Aufgabe in Berlin sucht, und wie sie in Bonn dazu beitragen kann, eine den deutschen Notwendigkeiten angemessene handlungsfähige Regierung zu schaffen.

Was immer man auch von den einzelnen Phasen der Verhandlungen über die Bildung eines neuen Senats sagen oder schreiben mag, die Aufgabe des geschlossenen Auftretens aller demokratischen Kräfte in den Lebensfragen der deutschen Politik bleibt.

## Harte Zahlen - harte Argumente

### Forderungen des Deutschen Städtetages zur Lösung der Verkehrsprobleme

sp - Der Deutsche Städtetag hat in Hannover in der Denkschrift "Die Verkehrsprobleme der Städte" in der Tat Gedanken niedergelegt und Erhebungen festgehalten, die auf nichts anderes als auf eine grundlegende Umschichtung des Strassenbaus und der Finanzierung dafür in der Bundesrepublik hinauslaufen. Zum ersten Mal nach dem Kriege wird offenbar, daß die Planung im Strassenbau immer mehr an der Wirklichkeit vorbeigeht.

Dafür zwei Angaben aus der Denkschrift: Nur 15 Prozent des motorisierten Verkehrs sind Fernverkehr, aber 85 Prozent Orts- und Nachbartschaftsverkehr. Nur 17 Prozent aller Strassen im Bundesgebiet sind als Bundes-, Landes- oder Kreisstrassen klassifiziert und für sie werden Gelder aus der Mineralölsteuer und der Kraftfahrzeugsteuer bereitgestellt, während 63 Prozent Gemeinde- und Stadtstrassen sind, für die die Kommunen selbst aufzukommen haben.

Der Deutsche Städtetag hält es für mehr als vordringlich, daß die 230 000 Kilometer Stadt- und Gemeindestrassen in die allgemeine Verkehrsplanung und Verkehrsfinanzierung einbezogen werden. Das umso mehr, weil nach den statistischen Unterlagen bis 1960 (gemessen an 1952) die Zahl der Automobile um das Vierfache zunehmen wird, aber davon kann weiterhin 85 Prozent die Stadtzentren belasten werden und, wenn man will, enghültig verstopfen müssen.

Der Städtetag fordert somit, unterstützt durch Argumente, die in dieser Härte und Eindringlichkeit bisher nicht vorlagen, ein zehnjähriges Programm für den deutschen Strassenbau, wofür 97 Milliarden DM bereitgestellt werden müßten. Von diesen 97 Milliarden sind 50 Milliarden den Kommunen zu geben, damit sie den Strassenbau in den Zentren der Städte und Gemeinden und an den Ausfallstrassen endlich in Ordnung bringen können. Zunächst möchten die Kommunen von 1963 bis 1967 aus den Kassen des Bundes 15 Prozent des Mineralöl-Steueraufkommens für sich erhalten.

Man weiß schon jetzt, daß die Stadtzentren mancher deutschen Großstädte bedeutungslos werden, weil der Autoverkehr einfach nicht mehr fließend hineinkommt. Umsatzrückfälle bei Banken, Geschäften, Warenhäusern, sind die Folge. Die Sperrung der Zentren und weitere Kilometer für Tiefgaragen müssen die Folge sein. Im Grunde ist es verwunderlich, daß Industrie und Handel nicht schon betonter den modernen Strassenbau und das großzügige Transportnetz in unseren Städten verlangt haben.

Der Deutsche Städtetag hat in Hannover in seiner Denkschrift auch schon die Perspektiven für die Verkehrstauten in den Städten aufgezeigt, wofür die Mittel vordringlich notwendig sind. Vielerorts wird man zum Massenverkehrsmittel kommen. Wenn der Massenverkehr noch größer wird, sind Unter-Pflaster-Strassenbahnen oder Untergrund- und Schnellbahnen notwendig.

## Sichtbare Subventionen im neuen Bundeshaushalt

Von Heinrich G. Ritzel, MdB

Bei jeder Etatberatung und bei allen Erörterungen über Steuererhöhungen oder Steuerabbau spielen die Subventionen aus der Bundeskasse immer wieder eine erhebliche Rolle. Die öffentliche Meinung ist über den Charakter dieser Subventionen vielfach im unklaren. Es ist daher sehr zu begrüßen, daß der Bundesminister der Finanzen soeben dem Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages eine Übersicht über die sichtbaren finanziellen Leistungen und Vergünstigungen im Rahmen der Bundeshaushaltspläne übermittelt hat, die noch der Ergänzung in bezug auf die unsichtbaren Begünstigungen harret, denen eine besondere Betrachtung gewidmet werden wird.

### Was subventioniert wird

Im Regierungsentwurf zum Bundeshaushaltsplan 1963 sind nach dem Bericht des Finanzministers sichtbare finanzielle Leistungen und Begünstigungen

für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit 2,9 Milliarden DM enthalten;

für die gewerbliche Wirtschaft einschließlich Inanspruchnahmen aus Bürgschaften 296,5 Millionen DM,

für den Verkehr mit 379,9 Millionen DM,

für das Wohnungswesen mit 469,2 Millionen DM,

für Zuschüsse an die Sozialversicherung mit 7 Millionen DM,

für den Ausgleich von betriebsfremden Lasten der Deutschen Bundesbahn (Versorgungslasten) 598 Millionen DM,

für Verzinsung von Ausgleichsforderungen zugunsten der Bundesbahn 33,2 Millionen DM,

für regionale Hilfsmaßnahmen zur Steigerung der Wirtschaftskraft 55 Millionen DM,

für finanzielle Beihilfeaufwendungen aus Anlaß der Flutkatastrophe im deutschen Küstengebiet 118 Millionen DM,

für soziale Hilfsmaßnahmen der Arbeitnehmer der Kohlen- und Stahlindustrie 37 Millionen DM.

- \* Fasst man diese Aufwendungen zusammen, dann ergibt sich, daß
- \* ohne Darlehen eine Subventionsgesamtleistung von 11 Milliarden
- \* und 957 Millionen DM im Haushalt 1963 enthalten ist.

Diese Summe ist aber durch spezielle Bewilligungen im Bereich der Landwirtschaft schon wieder überholt. Zu diesen sichtbaren Bewilligungen, die à fonds perdu gegeben werden, kommen noch Darlehen im Gesamtwert von 1,7 Milliarden DM, von denen 644 Millionen DM auf Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei entfallen, 217 Millionen DM auf den Verkehr und rund 800 Millionen DM auf das Wohnungswesen.

### Landwirtschaft

Wenn das Parlament sich die Aufgabe stellen sollte, eine Durchführung der Subventionen vorzunehmen, dann wird es eine Aufgabe übernehmen, die entweder nicht lösbar ist oder des Zuspruchs mit der Holzart bedarf. Die Anlässe zur Bewilligung von Subventionen sind so subtil, daß sich fast für jede Position gute Gründe anführen lassen. Daß z.B. unsere Landwirtschaft ohne Bundeshilfe nicht auskommen kann, ist heute beinahe auch dem letzten Staatsbürger klar. Was im einzelnen

dabei gestrichen werden kann, wird sehr schwer sein, zu entscheiden. Allein die finanziellen Leistungen des Bundes, die unmittelbar zur Verbesserung der Einkommenslage der Landwirtschaft beitragen, erfordern 238,6 Millionen DM, darunter 80 Millionen DM zur Verbilligung des Handelsdüngers, den die Landwirtschaft benötigt und 130 Millionen DM für Zinsverbilligung. Die Rückerstattung von Steuern, Zöllen und dergleichen zugunsten der Landwirtschaft erfordert rund 200 Millionen DM, davon 123,5 Millionen DM Beihilfe für die Landwirtschaft zur Verbilligung von Dieselmotorkraftstoff und 59,6 Millionen DM für Erstattungen bei der Ausfuhr von pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen.

Die Aufwendungen des Bundes für strukturelle Maßnahmen und sonstige Förderungsmaßnahmen zugunsten der Landwirtschaft erfordern 1,3 Milliarden DM, darunter befinden sich eine große Anzahl von Maßnahmen, die alle Zweige der Landwirtschaft betreffen. Ausserdem fließen der Landwirtschaft finanzielle Leistungen zu, die sich auf den Verbrauch von landwirtschaftlichen Produkten beziehen, die im ganzen 1,1 Milliarden DM erfordern.

#### Gewerbliche Wirtschaft

Neben der Landwirtschaft ist es die gewerbliche Wirtschaft, die mit 296 Millionen DM Zinsverbilligung, Bürgschaftsleistungen, Praxishilfen für die Beförderung von Steinkohlen, Leistungen des Bundes zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Kohlebergbaues und der Rationalisierung im Steinkohlebergbau erfordert.

#### Verkehr

Der Verkehr verlangt rund 380 Millionen DM Subventionen, darunter eine Liquiditätshilfe für die Deutsche Bundesbahn mit 50 Millionen DM, eine Anpassungshilfe an die Deutsche Bundesbahn zum Ausgleich der Verluste aus dem sozialen Verkehr mit 170 Millionen DM, einen Betriebszuschuss an die Deutsche Lufthansa mit 45 Millionen DM, Investitions- und Betriebszuschüsse an Flughafengesellschaften mit 3,8 Millionen DM, Betriebsbeihilfen zur Sicherung des Güterverkehrs mit Berlin mit 10 Millionen DM, Zinsverbilligungen zum Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte mit 5 Millionen DM, Verbesserung der Kapitalstruktur der Deutschen Bundespost mit 14 Millionen DM, Übernahme des Kapitaldienstes für Anleihen der Deutschen Bundesbahn mit 47,6 Millionen DM und Zinsbeihilfe für private Schiffbaudarlehen und Abwrackprämien für Handelsschiffe mit 33 Millionen DM.

#### Wohnungswesen

Das Wohnungswesen sieht Subventionsleistungen im Gesamtbetrag von 469,2 Millionen DM vor, darunter Wohnungsbauprämie mit 295 Millionen DM, Zuschüsse zur Förderung des Baues von Familienheimen und eigengenutzten Eigentumswohnungen mit 34 Millionen DM, Zinsausgaben und Zuschüsse für den sozialen Wohnungsbau mit 90 Millionen DM, Miet- und Lastenbeihilfen mit 20 Millionen DM, Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen mit 49,3 Millionen DM.

\* \* \*

Es ist unbestreitbar, daß viele, vielleicht 90 Prozent dieser Aufwendungen unter den heutigen Umständen unvermeidlich sind. Wenn morgen der Deutsche Bundestag mit einer Streichung dieser Riesenlasten aus Subventionsleistungen beginnen würde, wird sich das Heer der Interessenten melden und mit schlüssigen Argumenten nachweisen, daß es ohne die Subventionen nicht geht. Die Öffentlichkeit aber muß wissen, welchen Zwecken die Subventionsleistungen dienen.

+ + +

## Entnervende Regierungsvorhandlungen in Österreich

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Koch vor zwei Wochen schien eine Einigung in den Verhandlungen um die Neubildung einer österreichischen Koalitionsregierung zum Greifen nahe gerückt. Da erfolgte in letzter Minute ein ebenso überraschender wie entscheidender Querschuß der "Reformerkreise" innerhalb der ÖVP, und die seit drei Monaten währenden Parteienverhandlungen waren wieder einmal gründlich gescheitert.

Da die bisherige Bundesregierung noch immer provisorisch im Amt ist, wissen politisch wenig interessierte und uninformierte Österreicher nicht recht, was hier eigentlich gespielt wird. Sie vermissen die neue Regierung kaum, weil ja ohnehin eine vorhanden ist, und sie können es vor allem nicht verstehen, daß sich die seit bald 16 Jahren in der Zusammenarbeit geübten Parteien, ÖVP und SPÖ, nun auf einmal absolut nicht einigen können. Die in den Wahlkämpfen jeweils aufgetrollten Gegensätze wurden von jenem Teil der Bevölkerung eher bagatelisiert. Nachher, so sagte man sich, sind sie sich ja doch wieder einig. Nun stellt sich aber heraus, daß sie sich auch "nachher" nicht einig werden können.

### Um den Aussenminister

Dabei geht es bei den ermüdenden und entnervenden Regierungsvorhandlungen im Grunde genommen nur um eine einzige Frage, um die Frage nämlich, ob der bisherige sozialistische Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten, Dr. Bruno Kreisky, zugleich stellvertretender Parteivorsitzender der SPÖ, im Amt bleibt oder nicht. Die Böswilligkeit, mit der von ÖVP-Seite gegen diesen bewährten und allgemein geachteten Staatsmann Stimmung zu machen versucht wird, erinnert an die Art klatschsuchtiger und mißgünstiger alter Weiber. Das ist keine Politik mehr und schon gar nicht Staatspolitik, sondern das ist einfach übelstes gehässiges Intrigantentum! Welche Achtung soll künftig der österreichische Staatsbürger seiner Regierung entgegenbringen, die sich monatelang nicht schlüssig werden konnte, ob einem maßgeblichen Politiker, wie man in Österreich sagt, "aus Bestem" der Teppich unter den Füßen weggezogen werden soll?

Sachliche Gegensätze wird man in der Politik immer verstehen und auch billigen können, nicht aber eine solche Mentalität, wie sie die ÖVP-Reformer an den Tag legen. Und gerade bei derart festgefahrener Gegensätzen, wie sie bei den bisherigen Verhandlungen festzustellen waren, kommt es sehr darauf an, eine Kompromißlösung zu finden, die es beiden Seiten erlaubt, vor ihren eigenen Anhängern das Gesicht zu wahren. Eine solche Lösung stellte die von der SPÖ vorgeschlagene Schaffung eines eigenen Aussenhandelsministeriums dar. Dieses sollte von einem ÖVP-Politiker übernommen werden, ausserdem sollte die ÖVP einen zusätzlichen Staatssekretär in der neuen Regierung zugbilligt erhalten. Das Aussenministerium selbst sollte zwar dem bisherigen Minister Kreisky vorbehalten bleiben, als ganzes aber dem Bundeskanzleramt unterstellt werden.

Die ÖVP hätte auf diese Weise für zwei bei den letzten Wahlen gewonnenen Abgeordnetensitze zwei zusätzliche Regierungsgäster bekommen, und die SPÖ hätte ihren stellvertretenden Parteivorsitzenden in der Funktion erhalten, in der er sich bewährt hat und für deren Übertragung an einen anderen Politiker keine sachliche Gründe - auch nicht von ÖVP-Seite - vorzubringen waren.

"Gemäßigte und Reformer"

Diese vernünftige und für beide Parteien tragbare Lösung wurde vereitelt, weil es innerhalb der ÖVP zwei divergierende Gruppen gibt, die einander heftig befeinden: das sind die "Gemäßigten" und die "Reformer". Der designierte Bundeskanzler und ÖVP-Parteiobermann Dr. Alfons Gorbach, gehört zu den Gemäßigten - übrigens auch der eben nominierte Bundespräsidentenskandidat Altbundeskanzler Ing. Julius Raab -, der Generalsekretär der ÖVP, Dr. Hermann Withalm, und einigepoch profiliertere Politiker gehören zu den Reformern. Die Regierungsbildung wurde daher innerhalb der ÖVP eine willkommene Gelegenheit zur Austragung parteiinterner Machtkämpfe. Mag Österreich ein noch so großer Schaden erwachsen, das kümmert die Führung der Österreichischen Volkspartei, die immer den Patriotismus so sehr hervorhebt, nicht allzu viel. Wenn nur dem persönlichen Ehrgeiz gedient ist oder, wie ÖVP-Generalsekretär Dr. Withalm sich äußerte, "das bisherige Spiel mit den gleichen Figuren auf denselben Feldern zu Ende ist".

+ + +

Soll Afrika büßen ?

Folgeschwere Auswirkungen des Konfliktes innerhalb der EWG

sp - Achtenzehn afrikanische Staaten bekommen die Auswirkungen des Brüsseler Fiaskos am härtesten zu spüren. Die Holländer und Italiener machten auf der letzten Brüsseler Ministerratssitzung ihrem verständlichen Ärger über de Gaulles Europa-Politik Luft, indem sie ihre Zustimmung zu den paraphierten Assoziierungsabkommen zwischen achtzehn afrikanischen Ländern mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) verweigerten. Dieser Ärger traf Unschuldige. Der Streit der Europäer untereinander zeigt seine ersten unschönen Früchte. Das Abkommen sah auf die Dauer von fünf Jahren eine Hilfe von 750 Millionen DM vor, die von den Mitgliedern der EWG nach einem Schlüssel aufgebracht werden sollten. Bei den afrikanischen Staaten handelt es sich um ehemalige, nun zur Unabhängigkeit gelangte Kolonien. Europa kann es nicht gleichgültig sein, welchen Weg diese vom Kommunismus hart umworbenen Staaten gehen - ob mit Europa oder gegen Europa. Es bedurfte einer Riesenarbeit, den Gedanken einer europäisch-afrikanischen Partnerschaft durch Assoziierungsabkommen mit der EWG politische Realität zu verschaffen. Nun erfolgte durch die Weigerung der Holländer und Italiener, diese Abkommen jetzt zu ratifizieren, ein Rückschlag, der geplante Brückenbau hängt gewissermassen in der Luft, und der Weltkommunismus hat durch den Mangel an europäischer Solidarität eine unerwartete Chance im schwarzen Kontinent erhalten. Holland und Italien meinten, in ihrer Verbitterung de Gaulle zu treffen, aber in Wirklichkeit schädeten sie den Gedanken der europäischen Solidarität mit den jungen Staaten Afrikas. Der Idee, aus früher Unterjochten und Unterdrückten Freunde und Partner für heute und morgen zu gewinnen, wurde schwerer Abbruch getan. Europa zeigt sich im Blick Afrikas im ungünstigsten Licht. Hier geht es nicht allein um die Verzögerung notwendiger Hilfen, hier wurde durch das Nein zweier Mitglieder der EWG eine Fehlentscheidung getroffen, die afrikanische Empfindlichkeiten verletzt und wiederum Mißtrauen zwischen Europäern und Afrikanern auslösen muß. Dieses Geschenk aus Brüssel wird der Weltkommunismus zu nutzen wissen.

+ + +

Mit frischem Elan voran

Die Tagung der sozialdemokratischen Jugendverbände in Kochel

Von Hanspeter Zerfass

Die drei sozialdemokratischen Jugendverbände haben von ihrer gemeinsamen Tagung in Kochel (17. bis 24. Februar) viel neuen Elan mitgenommen. Nachdem sie viele Jahre oft nebeneinander her gelebt hatten, wollen Jungsozialisten, Falken und Sozialdemokratischer Hochschulbund nun eine enge Zusammenarbeit versuchen. Wie notwendig das ist, zeigte ein Vorgang am Rande der Konferenz in Kochel, wo sich mehrere Vorstandsmitglieder der Falken, Jungsozialisten und des SHB einer Grossstadt im Bundesgebiet zum erstenmal kennenlernten. Vorher hatten sie zwar voneinander gehört und auf dem Gebiet der politischen Bildung gemeinsame Anschauungen vertreten und auch oft parallele Aufgaben durchgeführt, in Kochel jedoch erst die persönliche Bekanntschaft miteinander gemacht. In Kochel war die erste Gemeinschaftstagung dieser Art, aber es soll nicht die letzte bleiben. Dafür sorgt schon der erste Anstoss und die daraus gewonnene Erkenntnis, daß die Verantwortlichen der drei Jugendverbände einander Interessantes und Wesentliches zu sagen haben.

Angesichts des Ausgangs vom Nullpunkt brachte die Tagung geradezu unwahrscheinlich schnelle Ergebnisse zustande. Niemand durfte überraschter gewesen sein als die 45 Konferenzteilnehmer selbst, daß "Falken" und Jungsozialisten sich praktisch schon im ersten Anlauf einigten, statt der beiden Verbandsorgane "Junge Gemeinschaft" und "Klärer Kurs" eine gemeinsame Publikation herauszugeben. Kaum hatte der Jungsozialisten-Vorsitzende Holger Börner diesen Vorschlag ausgesprochen als der Vorsitzende der "Falken", Horst Zoidler, auch schon Ja dazu sagte. Die SHB-Zeitschrift "frontal" blieb aus sachlichen Überlegungen ausserhalb der Fusionsgespräche, bei denen natürlich noch zahlreiche Einzelfragen offen bleiben mußten.

Die Liste der konkreten Kocheler Beschlüsse zur Zusammenarbeit ist eindrucksvoll. Sie reicht weit über das rein Institutionelle der geplanten regelmässigen Koordinations- und Informationsgespräche auf Bundes-, Landes- und Bezirks- oder Kreisbene hinaus. In den wenigen Tagen haben die Vertreter der Sozialdemokratischen Jugendorganisationen bereits einen ganzen Katalog von Problemen zusammengestellt, die sie bei solchen Gesprächen gemeinsam anpacken wollen, um Doppelgängerarbeit zu vermeiden und einen grösseren Effekt ihrer Arbeit zu erzielen. Es sollen gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt werden und in Fällen, in denen die eine Organisation eine spezielle Aufgabe der politischen Bildung nicht bewältigen kann, wollen ihr künftig die anderen Verbände Hilfe leisten.

\* \* \*

Zum raschen Gelingen der Tagung haben die Organisatoren im Bonner Parteihaus nicht wenig beigetragen. Sie liessen den Bundesgeschäftsführer des Bundesjugendrings, Heinz Westphal, die Ziele und Arbeitsweisen der Jugendorganisationen darlegen und ausserdem Professor Ellwein/Frankfurt, eine Analyse der politischen Jugendarbeit vortragen. Die Beurteilung ihrer Arbeit provozierte namentlich die "Falken" und den SHB derart, daß sofort eine äusserst lobhafte Diskussion in

Gang kam, die sehr schnell zu den grundlegenden Problemen politischer Jugendarbeit vordrang. Danach konnte nicht ausbleiben, daß die Verbandssprecher ihre eigene Arbeit und ihre Erfolge recht selbstkritisch darstellten und damit nicht nur den Ansatzpunkt zu fruchtbarer Zusammenarbeit, aber auch neue Impulse für ihre eigene Weiterentwicklung lieferten.

Als grössten Erfolg buchten die Teilnehmer die Tatsache, daß ihr Wunsch, die Partei möge ihre Zusammenarbeit durch die Einrichtung von Jugendsekretariaten bei den Bezirken unterstützen, auf großes Verständnis stieß. Sowohl der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer wie sein Stellvertreter Herbert Wehner hiessen den Plan im Prinzip gut. Beide vermieden übrigens nicht nur, die Jugendvertreter mit Parteiwünschen zu konfrontieren, Wehner lehnte sogar einen solchen Vorschlag mit aller Vehemenz ab. Wie weit diese Rücksichtnahme auf das Eigenleben der Jugendverbände geht, verriet dann SPD-Schatzmeister Alfred Nau. Der "Falken"-Sprecher benützte die Anwesenheit von Nau, um dem für die Finanzierung von Jugendsekretariaten wichtigen Mann die Gretchenfrage zu stellen. Alfred Nau urteilte nicht nur positiv, sondern versicherte, daß sich das SPD-Präsidium schon im voraus mit dieser Frage befaßt habe und zur Überzeugung gekommen sei, daß die Arbeit der Jugendverbände tatsächlich eine organisatorische Unterstützung verdiene.

\* \* \*

Zu Beginn der Tagung sassen drei Verbände getrennt bei Tisch und betrachteten einander mit Neugier und Reserve. Nach acht Tagen waren die Gruppen schon weitgehend gemischt und die Prozedeleien nahmen einen familiären Charakter an. Schließlich verstummten sogar die Klagen der "Falken" und Jungsozialisten, daß die Studenten zuviel redeten...

Und welches Fazit zogen die Teilnehmer?

Ein Student:

"Zum Schluß der Tagung läßt sich bereits erkennen, daß mehr Schwung und Initiative in allen drei Verbänden eingebracht ist."

Ein Jungsozialist:

"Wir sind alle überrascht, daß in so kurzer Zeit so viel für die Zusammenarbeit erreicht wurde."

Ein "Falke":

"Das Positivste ist, daß die Vertreter der drei Verbände gezwungen worden sind, nach links und rechts zu blicken und sich darum zu kümmern, was die beiden anderen Jugendorganisationen tun."

- + +